

09.10.2009 – 16. Wahlperiode

Pressemitteilung von Martina Bunge

Seelische Gesundheit genauso ernst nehmen wie körperliche

"Die seelische Gesundheit spielt in der Versorgung, der Gesundheitsförderung und der Prävention eine viel zu geringe Rolle. Oft werden seelische Erkrankungen nicht richtig diagnostiziert, den Betroffenen drohen Stigmatisierung und Unter- oder Fehlversorgung. Dabei nimmt die Zahl seelischer Erkrankungen besonders stark zu. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass sie im Jahr 2020 die häufigste Erkrankung sein werden", konstatiert Martina Bunge, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, zum internationalen Tag der seelischen Gesundheit am 10. Oktober. Bunge weiter:

"Wenn man sich mit der seelischen Gesundheit befasst, ist es enorm wichtig, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht außer Acht zu lassen. So verschlechtern beispielsweise Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und zunehmende Belastung am Arbeitsplatz die Bedingungen für seelisches Wohlbefinden und Gesundheit.

Zudem wird es Zeit, eine angemessene Versorgung und Prävention seelischer Erkrankungen in Deutschland zu gewährleisten. Gesundheitsförderung und Prävention sind hierzulande bisher viel zu sehr auf die körperliche Gesundheit fokussiert. Der Blick auf den ganzen Menschen ist zu stärken. In der Versorgung sind die Benachteiligungen der psychischen und psychiatrischen Versorgung gegenüber der somatischen zu überwinden. Das fängt bei den Honoraren an. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass Psychiaterinnen und Psychiater bzw. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, ganz unten in der Skala der Einkommen auftauchen – so als ob deren Arbeit weniger wert oder anspruchsvoll sei.

Psychische und psychosoziale Probleme in der Kindheit und Jugend werden häufig nicht in ihrem Krankheitswert erkannt bzw. nicht ausreichend behandelt. Unter- oder Fehlversorgung bei seelischen Erkrankungen ist sozial, aber auch regional beeinflusst. So zeigt ein Vergleich der Versorgungsdichte in den verschiedenen Regionen Deutschlands – mit Ausnahme der stationären Kinder und Jugendpsychiatrie – eine eklatant schlechtere Versorgung in den neuen Bundesländern. Das ist untragbar."